

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

299 (22.12.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 550 M mit Postgebühren; durch die Post bezogen 5.00 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Kreisbüchern Abgaben abhebt 510 M monatlich. Einzelnummern 20 M. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 40.—M, auswärts 50.—M. Die Reklamezeile 150.—M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.—Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für spätere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Anleihe- und Reparationsfragen

Noch eine Bankierkonferenz?

W.D. London, 21. Dez. Die Reuter erfährt, besetzt unter Brand zu der Annahme, daß an die britische Regierung von Seiten der Regierung der Vereinigten Staaten wegen neuerlicher Vorschläge zur Lösung des Reparationsproblems nicht heranzutreten würde, der französischen Regierung jedoch durch den französischen Vorkläger in Washington gewisse unformelle Anregungen gemacht worden sind. Es sei nicht bekannt, welcher Art diese Anregungen sind, inwiefern werde als wahrscheinlich angenommen, daß sie eine notwendige Einberufung des Internationalen Bankierkomitees beinhalten, das bereits einmal in Paris getagt hat. Obwohl das Komitee unter den gegebenen Umständen jener Zeit nicht in der Lage gewesen sei, eine Möglichkeit für die Bewältigung einer Anleihe an Deutschland zu sehen, wird angenommen, daß die damals vorerwähnten Bedingungen sich gegenwärtig geändert haben, und daß, wenn das Bankierkomitee nachmals zusammentrete, eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten gefunden werden könnte. Diese veranschaulichten Vorschläge seien natürlich zunächst der französischen Regierung gemacht worden, da die Haltung der britischen Regierung bereits bekannt sei.

W.D. New York, 21. Dez. Bankier Lamont erklärte weiter, Amerika werde vielleicht Deutschland genug leihen, ihm über den Berg zu helfen, wenn die Reparationsfrage geregelt sei; jedoch sei es zweifelhaft, ob Deutschland genug geliehen erhalte, um seine Reparationen zu zahlen.

Amerika gegen die Befragung des Ruhrgebietes

W.D. New York, 21. Dez. (Kunstp.) „New York Tribune“ erfährt aus Washington von einer hohen amtlichen Persönlichkeit, daß die amerikanischen Truppen sofort vom Rhein zurückgezogen werden würden, wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetzt. Es werde mitgeteilt, daß die Regierung eine Befragung des Ruhrgebietes durch Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen nicht billigt.

In Erwartung deutscher Vorschläge

W.D. Paris, 21. Dez. Der Londoner Berichterstatter des „Zeit Pariser“ will erfahren haben, daß das englische Schatzamt immer noch mit den Vorbereitungen für die Konferenz vom 2. Januar, an der Sir John Macdonald und andere Sachverständige teilnehmen werden, beschäftigt sei. Ein endgültiger Plan ist noch nicht festgelegt. In London erwartet man übrigens auch, daß bei Beginn der Konferenz in Paris ein neuer Vorschlag der deutschen Regierung unterbreitet werde, der als Grundlage für die Verhandlungen dienen könnte.

Amerikas Hoffnung auf französische Vorschläge

W.D. London, 21. Dez. Der gut unterrichtete Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt, es würde der amerikanischen Regierung vielleicht nicht unwillkommen sein, wenn Frankreich vorschläge, oder zu verstehen geben würde, daß Amerika mit Aussicht auf Erfolg vorschlagen könne, daß eine internationale Körperschaft ernannt werde, die die Summe unterleht und festsetzt, die Deutschland an Reparationen zahlen könne und müsse. In den Beratungen dieser Körperschaft würden, wie man voraussetzt, Amerikaner teilnehmen. Nach der Ansicht des „Times“ Berichterstatters würde die Regierung allerdings die Bedingung stellen, daß sich diese Unternehmung streng auf die Frage der Summe beschränke, deren Zahlung billigerweise von Deutschland erwartet werden könne.

Beisprechungen in Berlin

Berlin, 22. Dez. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, nehmen die Beisprechungen der Reichsregierung mit den Sachverständigen über die Ergänzung des Reparationsproblems ihren Fortgang. Der Reichsminister, sowie die Reichsminister Dr. Herms und Beder verhandeln besonders mit den Sachverständigen. Ueber das Ergebnis wird nach wie vor strengstes Stillschweigen bewahrt. Die zu heute vormittag zu Beisprechungen eingeladenen Parteiführer werden teils vom Reichsminister von Heineser, teils vom Reichsminister Beder und teils von Herms zur Aussprache empfangen werden.

Gegen Rüstungen, Krieg und Imperialismus

In den Tagen vom 10.—15. Dezember tagte im Haag ein Weltfriedenskongress, der von sozialistischen Parteien wie von internationalen Gewerkschaften und bürgerlichen Friedensfreunden stark besucht war. Rund 600 Teilnehmer waren anwesend. Nach eingehenden Debatten fanden zwei Entschlüsse Annahme, deren Wortlaut wir folgen lassen. Ueber den Kongress schreibt der Genosse Otto Wels, unser Parteivorstand, der als Vertreter der SPD. an den Beratungen teilgenommen hat, u. a.:

„Es ist das große Verdienst dieses Kongresses, daß er die Arbeiterschaft, gemeinsam mit den bürgerlichen Friedensfreunden, auf einem für die Welt lebenswichtigen Betätigungsfeld aus der Defensive heraus zum Angriff auf das Reichfeld des Kampfes geführt hat: des Kampfes gegen den Krieg. Mit der Einberufung dieses Kongresses hat der internationale Gewerkschaftsbund vor der gesamten Welt zum Ausdruck gebracht, daß die freien Gewerkschaften den Kampf für den Weltfrieden und gegen den Krieg als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten.“

Der nationale und internationale Kampf der Gewerkschaften, um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft führt auf gleicher Linie zum Kampf gegen den Krieg, gegen Kapitalismus und Imperialismus. Die Resolution des internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom, die fünftägigen Kriegen durch das Mittel des allgemeinen Generalstreiks begegnet wird und seine Ausführung in erster Linie auf die internationalen Organisationen der Transportarbeiter, der Bergarbeiter und der Metallarbeiter stützt, war der eigentliche Unterbau des Kongresses im Haag.

Auch rein äußerlich hat der Weltfriedenskongress ein einträgliches Bild. Hunderte von Delegierten im Dienste einer Idee! Oder doch nicht so ganz? Denn von Quibbe bis zu Nabel kann man von einer Einheit der Ideen wohl nicht gut reden. Die kommunistische Internationale hat die Resolution von Rom niemals anerkannt. Ihre einzige wirkliche positive Leistung ist die Schaffung der Roten Armee in Sowjetrußland. Mit starken Worten erklärte Nabel denn auch: „Wir werden die Rote Armee nicht abbauen und wir werden sie gebrauchen, wenn die anderen nicht abrücken.“ Das ist bestimmt nicht die Sprache eines Pazifisten. So spricht ein seiner Rüstung bewußter Militarist.“

Der Kongress im Haag hat deshalb auch einen scharfen Trennungsschnitt gegen die Kommunisten gezogen, indem er in der von den Russen abgelehnten gewerkschaftlichen Resolution erklärte: Die Propaganda für den Frieden ist mit allen Elementen zu führen, die bereit sind, für diese Kampfführung die Resolution von Rom zur Grundlage zu nehmen.

Es soll nicht verhehelt werden, daß der Inhalt derselben Resolution: „die Leitung jeder endgültigen Aktion bleibt in den Händen des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes“, in den Kreisen der sozialistischen Internationale nicht ohne Bedenken angesehen wurde. Gewiß handelt es sich bei der Durchführung eines internationalen Generalstreiks um Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften. Es ist deshalb nur richtig, wenn die Entscheidung über seine Anwendung bei denen liegt, die die volle Schwere der Verantwortung zu tragen haben.

Der Streik zur Verhinderung eines Krieges aber, der nicht einmal ein Weltkrieg zu sein braucht, sondern sich auch wieder einmal auf zwei Staaten beschränken kann, ist in eminentem Sinne ein politischer Streik. Die politische Partei, die sozialdemokratische Partei, die Vertreter der Sozialdemokratie in den Parlamenten werden in der dem eventuellen Streik bevorstehenden Situation in allen Ländern auf das stärkste engagiert und mit ihnen die sozialistische Internationale. Es ist vielleicht nicht zuviel gesagt, daß nur die allzulange aufrechterhaltene Trennung der Internationalen von London und Wien und ihre dadurch bedingte Untätigkeit zu dieser schwerwiegenden politischen Belastung der internationalen Gewerkschaftsbewegung geführt hat, in der mancher vielleicht allzu Beforgte die Anfänge eines neuen internationalen Symbolismus zu sehen vermeint.

Es ist deshalb von doppelter Bedeutung, daß die angenommene Resolution gegen die Verhinderung des Ruhrrevoltes nicht nur von den französischen und belgischen sozialistischen Parteien eingebracht wurde, sondern auch von den französischen Gewerkschaften, die bisher jede gemeinschaftliche politische Aktion mit der sozialistischen Partei abgelehnt haben. Hier zeitigt die Notwendigkeit die gemeinsame Arbeit. Die Arbeiterschaft darf sich in diesem Kampf nicht isolieren, sondern sie muß alles daran setzen, um es zu einer Isolierung der Militaristen und Kriegseiferer zu bringen.

Dazu wird nichts so sehr beitragen, wie die Einigung der sozialistischen Internationalen, zu der die Vertreter der beiden Exekutiven von London und Wien endlich die entscheidenden Schritte getan haben.

Aber selbst wenn die tatsächliche Einheit der Auffassung in allen wesentlichen Dingen nicht vorhanden wäre, so müßte die Einigung kommen, und zwar so bald als nur irgend möglich. Jeder Tag Veräumnis ist hier verlorene Zeit, das heißt nutzlos verschwundenes kostbares Gut. Zu groß sind die Gefahren, die die Entwicklung der nächsten Monate für die Arbeiterschaft und

Eine neue Droh- und Hezrede Poincarés

Poincaré will Deutschlands staatlichen Besitz beschlagnahmen — Vorgehen ohne auf Amerika zu warten

W.D. Paris, 21. Dez. Im Senat begann in später Nachmittag die Beratung der drei vorliegenden Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung. Ministerpräsident Poincaré erklärte, es sei natürlich, daß angesichts der Verfassungen Deutschlands die Geister beunruhigt seien und daß man nach einer Lösung suchen müsse. Er glaube, er könne sich auf kurze Erklärungen beschränken, da er keine Erklärungen in der Kammer vor dem Senat aufrecht erhalten, von denen er nichts zurückzunehmen und denen er nichts hinzuzufügen hätte. Deutschland beharre bei seinem Fehler. Seine Regierungen der Großindustrie hätten sich auf Kosten des deutschen Volkes bereichert. Welches sei der richtige und kürzeste Weg, damit Frankreich in seinen Rechten bestreitet werde? Deutschland führe seine Verpflichtungen nicht aus, und der Zahlungsplan vom Mai 1921 sei zum toten Buchstaben geworden. Deutschland behauptet, daß es infolge der Entwertung seines Geldes nur sehr schwer die Waren im Innern bezahlen könne. Aber unter diesen Bedingungen befänden sich solche, die aus den Staatsdomänen kämen. In Wirklichkeit bemühe sich Deutschland, alle Reparationen hinauszuschieben. Sei das vielleicht der Augenblick, um Deutschland ohne Gegenleistung ein neues Moratorium zu bewilligen? Es werde sich wahrscheinlich um ein einfaches Moratorium handeln. Aber wird Deutschland das Moratorium dazu benutzen, um seine Finanzen zu sanieren? Man müsse Deutschland einer objektiven Kontrolle unterwerfen. Ueberrings selbst wenn Frankreich sich gebüden wolle, könne es das nicht.

Am 31. Dezember werde Frankreich für Deutschland etwa 100 Milliarden Mark bezahlt haben. Deutschland habe dementsprechend über die nach Art. 248 des Friedensvertrages die Mittelern ein Privileg ersten Ranges besitzen. Dieses Privileg sei für ihn — Poincaré — eine tägliche Realität. Er werde von den Alliierten verlangen, mit Frankreich diese Pfänder zu

nehmen oder Frankreich solche für gemeinsames Konto nehmen zu lassen. Derselbe Artikel des Friedensvertrages gestatte den Alliierten, durch die Reparationskommission die Ausfuhr von Gold aus Deutschland zu verbieten. Deutschland besitze mobile Werte, die Pfänder für die Forderungen an Deutschland dienen könnten. Poincaré wendet sich dann gegen die, wie er sagte, lächerliche Verleumdung, als wolle Frankreich Deutschland niederdrücken. Wir wollen Deutschland nicht ruinieren, wir wollen aber auch nicht, daß es sich in einigen Jahren über unsere tatsächliche Armut lustig macht. Wir würden glücklich sein, wenn es innere und äußere Anleihen abschließen kann, die es ihm gestatten, seine Schulden zu mobilisieren. Es sei wünschenswert, daß Deutschland Kapital erlange, aber das wolle nicht besagen, daß die Reparationsfrage in die Hände der Bankiers übergeben solle. Die Reparationsfrage werde dem Gegenstand der Verhandlungen am 2. Januar bilden, dann werden wir auch über die interalliierten Schulden sprechen.

Poincaré behauptet, daß er weitgehendes Entgegenkommen hier gefunden habe und daß man nicht mehr auf Amerika warten wolle, um die Frage der europäischen Schulden zu regeln. Nation und Bundesrat hätten in ihrem Bericht über den Friedensvertrag bedauert, daß die Alliierten nicht die Kriegskosten Frankreichs erleichtert hätten. Es würde unzulässig sein, wenn Frankreich seine Schulden bezahlen müßte, bevor es seine Entschuldigungen erhalten habe. Die Verhandlungen müßten in einem Geiste des Einverständnisses und des gegenseitigen Vertrauens fortgesetzt werden. Wenn Meinungsverschiedenheiten aufkämen, werde man darüber nachdenken, daß sie niemals in Un-einigkeit ausbrächen. Darauf wurde durch Annahme der einstimmigen Tagesordnung mit Handaufheben der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Die Schieber

W.D. Brüssel, 21. Dez. Die Zeitungen teilen mit: Als nach dem Waffenstillstand die Karl in Paris zurückgingen, brachten Spekulant Millionen, die sie für 63 Centimes gekauft hatten und wolle sie 125 Francs forderten. Alle Staatsanwaltschaften Brüssel sind jetzt damit beschäftigt, diesen Verbrechen auf die Spur zu kommen. In Brüssel werden 2700 verhaftete Fälle untersucht.

Die Landwirtschaft und die Brotverwertung

Berlin, 22. Dez. Der Reichsausschuss der Landwirtschaft gab eine Erklärung zur Frage der Brotversorgung bekannt, in der u. a. gesagt wird, daß der Reichsausschuss auf Grund seiner umfassenden Kenntnis der Ernährungslage mit Rücksicht auf die ausgedehnte Wertsteigerung eine Erfüllung der Umlage für sachlich unmöglich hält. Der Reichsausschuss hat festgestellt, daß die Brotversorgung nur unter der Voraussetzung gesichert werden könne, daß mindestens 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen Brotgetreide eingeführt werden könne.

Die erste Billion im Reichshaushalt

Berlin, 21. Dez. Der Reichstag nahm heute den Voranschlag für 1923 an, der von mehreren Monaten aufgestellt worden war. Der Mehrebedarf infolge der fortschreitenden Geldentwertung soll durch die Einstellung von Ausgleichsposten gedeckt werden.

In ordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung betragen diese insgesamt 93,2 Milliarden Mark, im außerordentlichen 10 Milliarden Mark. Der Postetat enthält im ordentlichen Etat einen Ausgleichsfonds von 407 Milliarden Mark, der Eisenbahnetat im ordentlichen Etat einen Ausgleichsfonds von 507 Milliarden Mark, im außerordentlichen Etat von 21 Milliarden Mark. Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages hat im ordentlichen Etat einen solchen von 60 Milliarden Mark. Der gesamte Ausgabenbedarf des Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung übersteigt zum erstenmal eine Billion Mark.

Ferner erklärte sich der Reichstag mit der Novelle zum Einkommensteuergesetz einverstanden.

die Arbeiterbewegung bringen können, als daß sie sich den Logos der Spaltung und der damit verbundenen Lähmung noch länger gefallen lassen.

Die Beschlüsse des Weltfriedens-Kongresses

Resolution der gewerkschaftlichen Kommission
Der Krieg ist die furchterlichste Geißel der Menschheit und ganz besonders des Proletariats.
Am Krieg ist das Proletariat immer Opfer, der Kapitalismus immer Sieger.

Im Kriege mordet und schwächt das Proletariat auch nicht den Imperialismus oder den Kapitalismus eines Landes, sondern es mordet und schwächt nur sich selbst.

Jede Niederlage und Schwächung des Proletariats eines Landes ist immer auch Niederlage und Schwächung des internationalen Proletariats und Sieg und Stärkung des internationalen Kapitalismus. Nicht in gegenseitiger Heberhebung im nationalen Kampfe auf den Schlachtfeldern, sondern allein in der gegenseitigen Verbindung zum internationalen Kampfe gegen die herrschende Klasse verbessert die Arbeiterklasse ihre Lage und sichert den Frieden.

Darum hat die Arbeiterklasse aller Länder die Pflicht, den Kampf gegen Krieg und Kriegsverluste mit allen Mitteln zu führen direkt und indirekt, im Parlament und außerhalb des Parlamentes.

Da diesem Zweck muß den innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen bestehenden Spaltungen ein Ende gemacht und die Widerstreitenden müssen aufgefordert werden, sich mit der nationalen Fronte wieder zu verbinden, um die Einheit der proletarischen Klasse wieder herzustellen.

Außerdem ist eine unablässige und entschiedene Propaganda für den Weltfrieden und gegen alle militaristischen und imperialistischen Kräfte zu organisieren mit dem zweifachen Ziel:

Alle Anstrengungen zur Befestigung des Krieges zu unterstützen und zu kräftigen, die materielle Entwaffnung herbeizuführen, Kriegsgeldern zu verhindern und den Kampf zu setzen gegen alle Kräfte, welche erst Krieges mächtig machen.

Zur Verwirklichung dieser Ziele muß die Arbeiterbewegung den Kampf für den Frieden organisieren und allen in Zukunft bestehenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks verhindern.

Durch Wort und Schrift muß die Arbeiterbewegung, wenn möglich auch in Verbindung mit außerhalb der Arbeiterbewegung stehenden Organisationen, eine Propaganda für den Gedanken der Völkerverbrüderung und gegen alles führen, was die bestehenden Gegensätze erhöht oder verschärft.

Außerdem muß sie ihre Aufmerksamkeit der antimilitaristischen und antikapitalistischen Erziehung der Jugend widmen und entsprechenden Einfluß auf das heutige Erziehungssystem ausüben.

Von höchster Bedeutung ist die strengste Kontrolle der Presse durch die Arbeiterklasse. Diese muß der Presse unablässig größte Aufmerksamkeit schenken und mit Hingebung für den Erhalt der bestehenden sowie die Schaffung von neuen eigenen Presseorganen in allen Ländern wirken und zwischen diesen Presseorganen gegenseitige Beziehungen herstellen.

Von gleicher, wenn nicht noch größerer Bedeutung ist die Propaganda und die Aktion gegen Kriegsgefahren und für die zur Verhinderung eines Krieges notwendige Organisation.

In diesem Sinne darf die Arbeiterbewegung sich nicht darauf beschränken, eine Fabrikations- und Transportkontrolle über Kriegsmaterial auszuüben, sondern sie muß auch durch gewissenhafte und zähe Propaganda sowie durch Erziehung der Arbeiter selbst in naher Zukunft die Fabrikation und den Transport von Kriegsmaterial unmöglich machen. Die Gewerkschaftsorganisationen haben jeder Kriegsgefahr entgegenzuwirken und die Anrufung des Schiedsgerichts für alle beteiligten Länder zu fordern.

In diesem Sinne obliegt dem Internationalen Gewerkschaftsbund die Verantwortlichkeit, gemäß dem Beschluß des Kongresses in Rom, den Generalstreik und den wirtschaftlichen Boykott zu beschließen und durchzuführen.

Romeo und Julia auf dem Dorfe

Erzählung von Gottfried Keller

Der Knabe sah die Bähne und dem Mädchen den Kopf haltend und dessen Zähnen neugierig untersuchend, rief er: „Mater, wieviel Bähne hat man?“ Das Mädchen begann sich einen Augenblick als ob es rechtlich nachzählte und sagte dann auf Geratewohl: „Sunder!“ — „Rein, zweihunddreißig!“ rief er, „wart, ich will einmal zählen!“ — „Du zählst die Bähne des Kindes und wenn er nicht zweihunddreißig herausbrachte, so ting er immer wieder von neuem an.“ Das Mädchen hielt lange still, als aber der eifrige Zähler nicht zu Ende kam, raffte es sich auf und rief: „Acht, mit ich heute zählen!“ — „Nun legte sie die Bähne hin ins Kraut, das Mädchen über ihn, umschlang seinen Kopf, er sperrte das Maul auf, und es zählte: Eins, zwei, sieben, fünf, zwei, eins; denn die kleine Söhne konnte noch nicht zählen. Der Junge veräppelte sie und gab ihr Anweisung, wie sie zählen soll, und so ting auch sie unzähligmal von neuem an und das Spiel schied ihnen am besten zu gefallen von allem, was sie heute unternommen. Endlich aber sank das Mädchen ganz auf den kleinen Nervenknäuel nieder und die Kinder schliefen ein in der hellen Mittagsstunde.

Inzwischen hatten die Bäcker ihre Arbeit fertig gestellt und in freudigende braune Fläche umgewandelt. Als nun, mit der letzten Furchung zu Ende gekommen, der Knecht des einen salzte, rief sein Meister: „Was hältst du? Mehr noch einmal um!“ — „Wir sind ja fertig!“ sagte der Knecht. „Galt's Maul und in, wie ich die sagel!“ schrie der Meister. Und sie legten um und rufen eine lüchtige Furchung in den mittleren heranziehen über hinein, daß Kraut und Steine flogen. Der Bauer hielt sich aber nicht mit der Befestigung derselben auf, er mochte denken, hierzu sei noch Zeit genug vorhanden, und er begnügte sich, für heute die Erde nur aus dem Grobsten zu tun. So ging es rasch die Höhe empor in sanftem Bogen, und wieder den Kapuzenzipfel des Mannes zurückwarf, pflügte auf der anderen Seite der Nachbar vorüber, mit dem Zipfel nach vorn, und schmit ebenfalls eine ansehnliche Furchung vom mittleren Acker, daß die Schollen nur so zur Seite flogen. Jeder sah wohl, was der andere tat, aber keiner schien es zu sehen und sie entsandten sich wieder, indem jedes Sternbild still am andern vorüberging und hinter diese runde Welt hinabtauchte. So gehen die Weberhähnen des Geschickes aneinander vorbei und „was er webt, das weilt kein Weber“!

Die Arbeiterklasse muß sich dafür einsetzen, die Schaffung eines wirklichen und wahren Völkerverbundes herbeizuführen, in welchem die Arbeiter Vertrauen setzen können und dessen Entscheidung aller Differenzen zwischen einzelnen Staaten unterworfen werden müssen.

Die Propaganda für den Frieden ist mit allen Elementen zu führen, die bereit sind, für die Kampfführung die Resolutionen von Rom als Grundlage zu nehmen.

Die Vorbereitung jeder endgültigen Aktion liegt in Händen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Rom ein- und ausgehend, das aus Vertretern des IGB und der internationalen Gewerkschaften der Transportarbeiter, der Bergarbeiter und der Metallarbeiter besteht.

Die Leitung jeder endgültigen Aktion bleibt in Händen des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Weltfriede kann nicht ohne endgültig geklärt werden, bis nicht die heutige kapitalistische Produktionsweise, die auf dem individuellen Gemeinwohl beruht, durch eine Produktionsweise abgelöst ist, die sich nach den Bedürfnissen und den Interessen der Gesamtheit richtet.

Resolution der politischen Kommission

Der am 10. bis 15. Dezember vom Internationalen Gewerkschaftsbund veranstaltete Weltfriedenskongress lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf die Gefahren, die durch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den von ihnen Profit und um die Erweiterung ihrer Macht ringenden kapitalistischen Gruppen der verschiedenen Länder hervorgerufen sind und durch die nationalstaatliche Limitation der diesen Gruppen unterliegenden Presse verstärkt werden. Obgleich die Tendenz zum Kriege dem kapitalistischen System innewohnt, so kann ihr doch entgegengetreten werden durch den

sich bewussten und entschlossenen Kampf der organisierten Arbeiterklasse, unterstützt von allen Kräften, die den Krieg bekämpfen.

Der Kongress fordert deshalb von allen Organisationen, die zum Kampf gegen Militarismus und Imperialismus entschlossen sind, insbesondere von den sozialistischen Parteien aller Länder, daß sie an der Verwirklichung der Ziele mitwirken, die die in Rom gefasste Resolution des Internationalen Gewerkschaftsbundes ausdrückt, und ferner, daß sie ihre jetzt noch geringeren Kräfte zu gemeinsamen Aktionen zusammenfassen.

Der Kongress erklärt ausdrücklich, daß die Führung des weltlichen Kampfes für den Frieden Angelegenheit der politischen Partei ist. Die Organisationen, die sich der gemeinsamen Bewegung anschließen, behalten ihr selbständiges Programm.

Der Kongress fordert:

1. Revision der Friedensverträge im Sinne der von den beiden sozialistischen und der Antimilitaristischen Internationale gemeinsam gefassten Beschlüsse und im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Solidarität der Völker.

2. Kampf in und außerhalb der Parlamente gegen Militarismus und Aufrüstung; öffentliche Kontrolle über die Rüstungsindustrie durch den Völkerverbund unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und Umgestaltung der Kriegswirtschaften in solche, die für den Friedensbedarf arbeiten.

3. Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerverbund; Umgestaltung des Völkerverbundes zu einem allumfassenden Bund der Völker als oberste internationale Instanz zur friedlichen Regelung internationaler ökonomischer, juristischer und politischer Fragen. Zum Studium der Umgestaltung des Völkerverbundes wird vom Kongress eine Kommission eingesetzt.

4. Befestigung der Geheimverträge und der Geheimbündnisse.

Die Regierungskrise in Hessen

Aus Hessen wird uns geschrieben:

Hessen hat seit einigen Tagen eine Regierungskrise. Das Ministerium, an dessen Spitze unser Genosse Ulrich steht und das eine Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum darstellt, war in seinem Bestand ernstlich gefährdet durch den Rücktritt des demokratischen Finanzministers Geardis. Geardis hatte in der vorangegangenen Woche dem hessischen Landtage unterbreitet, 16 Millionen Mark für den Ausbau der Kongresshalle in Bad Nauheim zu bewilligen, und überließ die Einnahmen der in Hessen bestehenden Kaiserbrauerei von 15 auf 40 Millionen Mark erhöhen. Mit Hilfe des Zentrums, das mit dem Bauernbund und den Demokratischen zusammenhängt, wurde die Nauheimer Brau-

lage abgelehnt; unsere Genossen stimmten mit Deutschnationalen, Bauernbund und Kommunisten für die Aufhebung der Kaiserbrauerei. Dieser taktische Schritt unter den Koalitionsparteien hatte zu einer ersten Vertilgung und zum Rücktritt des Finanzministers geführt. Deutschnationale und Volksparteier, die Opposition auf der Rechten, jubelten; sie hielten ihre Zeit für gekommen. Doch ihre Hoffnungen auf Ministerposten schienen verfrüht zu sein. Staatspräsident Ulrich empfing die Führer der Koalitionsparteien, um eine Lösung der Krise herbeizuführen. Dabei erklärten die Fraktionsvorsitzenden des Zentrums und der Sozialdemokratie ihr Bedauern über den Schritt des Finanzministers, der nach wie vor das Vertrauen der beiden Parteien im Landtage besitze. Andererseits teilte der Sprecher der demokratischen Fraktion mit, daß der Rücktritt des Finanzministers keineswegs das Aussehen der demokratischen Fraktion aus der Regierungskoalition bedeute. Alle drei Fraktionen betonten den Willen zur Fortführung der bisherigen Koalitionspolitik, was man wohl Finanzminister Geardis beuten als Anzeichen darauf hin, daß die Ministerkrisis dadurch ihre Ende finden wird, daß Geardis wieder das Amt des Finanzministers übernimmt, zumal ihm auch die sozialdemokratische Arbeiterklasse durchgängig sympathisch gegenübersteht und unsere Fraktion ihm dadurch daß sie für die Aufhebung der Kaiserbrauerei stimmt, keineswegs persönlich ein Mißtrauen aussprechen wollte.

Badische Politik

Zentrum und Unterrichtsverwaltung

Aus Leberkreuzen wird uns geschrieben: Solange die alten Nationalliberalen in Baden die Mehrheit besaßen, hat das Zentrum einen langjährigen und ererbten Kampf dagegen geführt, daß alle Stellen im Staat und in den Städten mit Angehörigen dieser Partei besetzt wurden. Die einst allmächtige nationalliberale Partei ist jetzt eine ziemlich bedeutungslose Minorität geworden. Das Zentrum aber, das bei weitem keine solch erdrückende Mehrheit besitzt wie einst diese, ist jetzt auf dem besten Weg, dieselben Stellungen zu belegen wie seine ehemaligen Widersacher.

Im Bereich des Unterrichtsministeriums tritt das ganz besonders in Erscheinung. Sämtliche Referenten für das Gewerbe, Handels- und Fortbildungsschulwesen sind maßgebende Zentrumler. Immer wird uns gepredigt, wie im Staatshaushalt gespart werden müsse, daß keine neuen Stellen mehr errichtet werden können. Trotzdem hat man für das so ungeheure wichtige Fach des Sings eine neue Regierungskategorie geschaffen. Und wer hat ihn besetzt? Selbstverständlich ein Zentrumsmann. Außerhalb des Unterrichtsministeriums sind drei Schulamtsstellen zu besetzen und auch hier tritt der mehrwürdige Zufall ein, daß die „Tüchtigsten“ wieder ausgeprobenes Zentrumskadetten sind. In Nichtzentrumskreisen hat kein Mensch eine besondere Tüchtigkeit bei den Auswärtigen entdeckt. Will das Zentrum vielleicht behaupten, daß ausgerechnet keine Parteigänger allein immer die Tüchtigsten sind? Gibt es unter den Gewerbes-, Handels-, Musik- und Volksschullehrern nicht auch Tüchtige, die anderen Parteien angehören?

Stünde behaupten, daß alle diese „Tüchtigen“ in der Hauptsache von dem Ministerdirektor im Unterrichtsministerium entbunden werden. Er sieht im 68. Lebensjahr, hat also die Altersgrenze schon erheblich überschritten. Gemöhnliche Sterbliche, die dem Unterrichtsministerium unterstellt sind, werden nach Vorprüfung unangenehm pensioniert, sobald sie die Altersgrenze erreicht haben, mögen sie auch körperlich und geistig noch so tüchtig sein. Wofür haben sie nun, der Herr Direktor habe die Verfügung seiner Zwangspensionierung für diese Weisheit unter seinen Christbaum besetzt, weil er auch einmal das Vergnügen aufleben wollte, das eine so große Aufmerksamkeit gewährt. Wir werden ja sehen!

Der Aufbruch für Genuß und Beschwerden

erlebte am 10. Dezember 13 Punkte. Hervorgehoben sind folgende Beratungspunkte:

1. Das Gesetz des Gemeinderats Schleichheim um Errichtung einer Verkehrsverbindung Schleichheim-Mannheim. Der Berichterstatter Abg. Geheißer (Z.) wies auf die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Verbindung hin; namentlich der große Arbeiterverkehr bedinge sie. Wichtig wurde dieser Ansicht beigegeben; allerdings wurde auch hervorgehoben, daß finanzielle Rücksichten. Die Beamten und die Gaffer verloren sich noch zu schaffen gemacht, trafen kein Abgehen wieder zusammen und Marti sagte: „Du wirst nun dein Land, das alte und das neue, wohl zusammenhängen und in zwei gleiche Stücke teilen? Ich hätte es wenigstens so gemacht, wenn ich das Ding bekommen hätte.“ — „Ich werde es allerdings auch tun“, antwortete Marti, „denn als ein Acker würde mir das Stück zu groß sein. Doch was ich sagen wollte: Ich habe bemerkt, daß du neulich noch am unteren Ende dieses Ackers, der jetzt mit gelber, scharf hineingefahren bist und ein gutes Stück abgegriffen hast. Du hast es vielleicht getan in der Meinung, daß weidlich das ganze Stück an dich bringen und es sei dann ja wieder dein. Da es nun aber mir gehört, so wirst du wohl einsehen, daß ich eine solche ungebührliche Einschränkung nicht gebrauchen kann, und wirst nichts dagegen haben, wenn ich den Streich wieder grad machel. Streich wird das nicht abgeben sollen!“

Marti erwiderte ebenso lakonisch, als ihn Marti angerechnet hatte: „Ich sehe auch nicht, wo der Streich herkommen soll. Ich denke, du hast den Acker gekauft, wie er da ist, wir haben ihn alle gemeinschaftlich besessen und er hat sich seit einer Stunde nicht um ein Haar verändert!“

„Variiert!“ sagte Marti, „was früher gesehen, wollen wir nicht aufheben! Was aber zu viel ist, ist zu viel und alles muß nicht eine ordentliche Größe sein haben; diese drei Acker sind von jeder so grade nebeneinander gelegen, wie nach dem Widersicht gezeichnet; es ist ein ganz außerordentlicher Spah von dir, wenn du nun einen solchen lächerlichen und unvernünftigen Schandfleck dazwischen bringen willst, und wir beide würden einen Hebernamen bekommen, wenn wir den krummen Zipfel da besessen ließen. Er muß durchaus weg!“

Marti lachte und sagte: „Du hast ja auf einmal eine merkwürdige Furchung vor dem Gesicht der Leute! Das läßt sich aber ja wohl machen; mich geniert das Krumme gar nicht; ärgert es dich, gut, so machen wir es grad, oder nicht auf meiner Seite, das geb ich dir schriftlich, wenn du willst!“

„Neh doch nicht so spöckhaft“, sagte Marti, „es wird noch grad gemacht, und zwar auf deiner Seite, darauf kannst du dich verlassen!“

„Was werden wir ja sehen und erleben!“ sagte Marti, und beide Männer gingen auseinander, ohne sich weiter anzublicken; vielmehr hatten sie nach verschiedener Richtung ins Auge gefaßt, als ob sie da wieder was für Wertvolligkeiten im Auge hätten, die sie betrachten mußten mit Aufmerksamkeit all ihrer Geisteskräfte. (Fortsetzung folgt.)

Es kam eine Erste um die andere, und jede sah die Kinder größer und schöner und den heranziehenden Acker schmaler zwischen seinen freigeordneten Nachbarn. Mit jedem Wühlgen besel er hüben und drüben eine Furchung, ohne daß ein Wort darüber gesprochen worden wäre und ohne daß ein Menschenauge den Streich zu sehen schien. Die Steine wurden immer mehr aufammengebrängt und bildeten schon einen ordentlichen Grat auf der ganzen Länge des Ackers, und das wilde Gesträuch darauf war schon so hoch, daß die Kinder, obgleich sie gewachsen waren, sich nicht mehr sehen konnten, wenn eines dies- und das andere jenseits stand. Denn sie gingen nun nicht mehr gemeinschaftlich auf das Feld, da der geprüfte Salomon oder Sal, wie er genannt wurde, sich schon wieder auf Seite der größeren Burschen und der Männer hielt; und das braune Mädchen, obgleich es ein feuchtes Mädchen war, mußte bereits unter der Obhut seines Geschickes gehen, sonst wäre es von niemandem gesehen worden, wenn alles auf den Acker war, einmal Gelegenheit, den wilden Steinmann, der sie trennte, zu besteigen und ihn gemeinschaftlich herunterzuschleppen. Wenn sie auch sonst keinen Verkehr mehr miteinander hatten, so schien diese jährliche Reuernte um so sorglicher gewacht zu werden, als sonst nirgends die Felder ihrer Väter zusammenhängen.

Indessen sollte der Acker doch endlich verkauft und der Erbsen einwilligen endlich aufgehoben werden. Die Verfertigung fand an Ort und Stelle statt, wo sich aber nur einige Gaffer einfanden außer den Bauern Marti und Marti, da niemand Lust hatte, das seltsame Stückchen zu erleben und zwischen den zwei Nachbarn zu stehen. Denn obgleich diese zu den besten Bauern des Dorfes gehörten und nicht weiter getan hatten, als was zwei Drittel der übrigen unter diesen Umständen auch getan haben würden, so sah man sie doch jetzt stillschweigend darum um und niemand wollte zwischen ihnen eingeklemmt sein mit dem geschmälerten Markte. Die meisten Menschen sind käsig oder bereit, ein in den Wägen umgehendes Interesse zu veräben, wenn sie mit der Nase davonklopfen; sowie es aber von einem beantragt ist, sind die übrigen froh, daß sie es doch nicht gewesen sind, daß die Verfertigung nicht sie betrafen hat, und sie machen nun den Auswärtigen zu dem Schiedsrichtermesser ihrer Eigenschaften und behandeln ihn mit zarter Scheu als einen Kleider des Uebels, der von den Göttern gesendet ist, während ihnen zugleich noch der Mund wässert nach den Vorteilen, die er dabei genießen. Marti und Marti waren also die einzigen, welche ernstlich auf den Acker boten; nach einem ziemlich hartnäckigen Ueberbieten erlangt ihn Marti und er wurde ihm zugesprochen. Die Beamten und die Gaffer verloren sich noch zu schaffen gemacht, trafen kein Abgehen wieder zusammen und Marti sagte: „Du wirst nun dein Land, das alte und das neue, wohl zusammenhängen und in zwei gleiche Stücke teilen? Ich hätte es wenigstens so gemacht, wenn ich das Ding bekommen hätte.“ — „Ich werde es allerdings auch tun“, antwortete Marti, „denn als ein Acker würde mir das Stück zu groß sein. Doch was ich sagen wollte: Ich habe bemerkt, daß du neulich noch am unteren Ende dieses Ackers, der jetzt mit gelber, scharf hineingefahren bist und ein gutes Stück abgegriffen hast. Du hast es vielleicht getan in der Meinung, daß weidlich das ganze Stück an dich bringen und es sei dann ja wieder dein. Da es nun aber mir gehört, so wirst du wohl einsehen, daß ich eine solche ungebührliche Einschränkung nicht gebrauchen kann, und wirst nichts dagegen haben, wenn ich den Streich wieder grad machel. Streich wird das nicht abgeben sollen!“

Marti erwiderte ebenso lakonisch, als ihn Marti angerechnet hatte: „Ich sehe auch nicht, wo der Streich herkommen soll. Ich denke, du hast den Acker gekauft, wie er da ist, wir haben ihn alle gemeinschaftlich besessen und er hat sich seit einer Stunde nicht um ein Haar verändert!“

„Variiert!“ sagte Marti, „was früher gesehen, wollen wir nicht aufheben! Was aber zu viel ist, ist zu viel und alles muß nicht eine ordentliche Größe sein haben; diese drei Acker sind von jeder so grade nebeneinander gelegen, wie nach dem Widersicht gezeichnet; es ist ein ganz außerordentlicher Spah von dir, wenn du nun einen solchen lächerlichen und unvernünftigen Schandfleck dazwischen bringen willst, und wir beide würden einen Hebernamen bekommen, wenn wir den krummen Zipfel da besessen ließen. Er muß durchaus weg!“

Marti lachte und sagte: „Du hast ja auf einmal eine merkwürdige Furchung vor dem Gesicht der Leute! Das läßt sich aber ja wohl machen; mich geniert das Krumme gar nicht; ärgert es dich, gut, so machen wir es grad, oder nicht auf meiner Seite, das geb ich dir schriftlich, wenn du willst!“

„Neh doch nicht so spöckhaft“, sagte Marti, „es wird noch grad gemacht, und zwar auf deiner Seite, darauf kannst du dich verlassen!“

„Was werden wir ja sehen und erleben!“ sagte Marti, und beide Männer gingen auseinander, ohne sich weiter anzublicken; vielmehr hatten sie nach verschiedener Richtung ins Auge gefaßt, als ob sie da wieder was für Wertvolligkeiten im Auge hätten, die sie betrachten mußten mit Aufmerksamkeit all ihrer Geisteskräfte. (Fortsetzung folgt.)

Woll der Van der Gucht zurecht unzulässig ist. Der Regierungsdirektor erklärte, daß alle Nebenbahnen gemäß Art. 85 der Reichsverfassung zum allgemeinen Verkehr gehören, und daß es deshalb Aufgabe des Reiches sei, diese Nebenbahnen zu übernehmen. Die Eingabe wurde schließlich der Regierung zur Kenntnisnahme überwiefen.

2. Auf der Kreisliche Müng-Vierdehof usw. ist ein Kraftwagenbetrieb eingerichtet. Die Straße ist in einem schlechten Zustand und muß daher verbessert werden, was einen großen Kostenaufwand verursacht. Den Kraftwagenbetrieb einzuführen, ist nicht angängig, da es das einzige Verkehrsmittel zu den abgelegenen Wohnortschreien ist. Diese sind mit dem Kreis wirtschaftlich nicht in der Lage, die Kosten für die Straßenverbesserung aufzubringen. Daher soll die Straße in den Landeshauptverband übernommen werden. Alle Parteimitglieder waren mit dem Vorschlag einverstanden. Die Straße soll in den Landeshauptverband übernommen werden. Alle Parteimitglieder waren mit dem Vorschlag einverstanden. Die Straße soll in den Landeshauptverband übernommen werden.

Ein Besuch um Wiedereröffnung, des seinerzeit aufgehobenen Rathes Karlsruher-Bruderschaft wurde der Regierung eingehend überwiefen, sie möchte sich in diesem Sinne beim Reichsverkehrsministerium verwenden. Der Reichsdirektor Abg. Kurz (Soz.) wies darauf hin, daß viele in nachträglichen tätige Arbeiter auf diesen Zug angewiesen sind.

Die Deutschnationalen und die Sozialisten. Eine Sitzung des Landesauschusses der Deutschnationalen Volkspartei Baden nahm eine Entscheidung an, daß an der in Baden historisch gewordenen christlichen Sozialen, wie sie bereits seit 1876 besteht, festgehalten werden muß.

Was steht das den Nationalen Lehrerverein an? In einem „Stimmungsbericht“ über die vorerwähnte Verhandlung kann der „Bad. Beobachter“ die Feststellung nicht verkneifen, daß der demokratische Abg. Hofmann bei der Abstimmung über die Kirchenvorstände sich für die Nationalen einsetzte. Hofmann und Freudenberg könnten sich fakturpolitisch wohl richtig hinsetzen und in den Sozialdemokraten. Und dann geht es weiter in die Feststellung der Tatsache, daß Herr Hofmann der Obmann des Bad. Lehrervereins ist und wie seine Haltung auf die Geisteswelt drücken im Lande wirken wird. — Ja, was hat denn das mit dem „Bad. Beobachter“ zu tun? Die sozialdemokratischen Lehrer hatten ihrerseits im Bad. Lehrerverein sehr darauf, daß Herr Hofmann keine parteipolitische Tätigkeit äußerlich trennt von seiner Tätigkeit als Obmann des Lehrervereins, der eine politisch neutrale Gewerkschaft ist; das gleiche gilt auch für den umgekehrten Fall. Und weht sich nicht auch das Zentrum dagegen, daß man es als die politische Abteilung der katholischen Kirche bezeichnen? Nicht etwa der Herr Abg. Schöfer, wenn er auf der Kanzel Gottes Wort verkündet, in Zentrumspolitik? Wie sind überzeugt, er würde hierfür die höchsten Töne moralischer Entrüstung finden, wenn man ihn solcher Amtverweigerung bezichtigt würde. Na also! Was denn einen recht und billig ist, das gilt auch für den andern.

Aus der Partei

Bereinigte Soz. Partei Deutschlands, Bezirksverband Baden

Das Abrechnungsreferat für die Monate Oktober, November und Dezember 1922 mit einem Rundschreiben des Bezirksverbandes und einer Anzahl Postfisch-Postkarten zur Überweisung der Geldbeträge auf das Postkonto Nr. 29 570 in Karlsruhe ist allen Ortsvereins-Vorständen zugegangen.

Ein Teil dieses Materials wurde den anwesenden Vertretern auf den Kreis-Konferenzen zur sofortigen Abfertigung an ihre Ortsvereins-Kassierer übergeben, der Rest direkt durch die Post versandt.

Ortsvereine, die nicht in den Besitz des Materials gelangt sind, ersuchen wir, dasselbe sofort beim Unterzeichnenden anzufordern, damit die Fertigstellung der Abrechnungen keine Verzögerung erleidet. Der Inhalt des Rundschreibens ist genau zu beachten; insbesondere die zur Berechnung mit der Bezirkskasse besetzten Ziffern.

Abrechnungen und Geldbeträge müssen spätestens am 31. Dezember 1922 im Besitz des Bezirksverbandes sein. Ortsvereine, die diesen Termin nicht einhalten, werden als Rejanenten bekanntgegeben.

Mit den Abrechnungen sind auch die nicht verkauften Beitragsmarken einzusenden. Ab 1. Januar 1923 kommen neue Beitragsmarken zur Einführung, die den Ortsvereins-Kassierern

Gefrierfleisch und deutsches Ernährungseisen

II.

Welches Land kommt als Hauptlieferant von Gefrierfleisch in Frage? Argentinien! Wie folgen hier den Darlegungen, die der Generalkonsul der argentinischen Republik in Hamburg, Herr Chr. Sommer, in der erwähnten Ausgabe des „Staat“ macht. Die Angaben dürften wohl interessieren, weshalb wir sie auszugeweiht hier wiedergeben. Herr Sommer schreibt: „Kaum ein anderes Land der Welt kann eine so harmonische Zusammenstellung von Klima, Boden und Flora aufweisen wie die Republik Argentinien. ... Die argentinischen Viehherden sind europäischen Ursprungs und wurden von den Eroberern im 14. Jahrhundert in ganz geringer Zahl eingeführt (9 Pferde, 12 Rinder und 20 Schafe und Ziegen), vermehrten sich aber auf den fruchtbaren Pampas in kurzer Zeit auf eine ganz erstaunliche Weise. ... Die Ausfuhr von Wolle und Schaffellen, die im Anfang nur ungefähr 57 Tons Wolle und 1000 Tons Felle betrug, vermehrte sich von Jahr zu Jahr und erreichte 1917 die Differenz von 135 000 Tons Wolle und 15 000 Tons Felle.“

Anfang vorigen Jahrhunderts wurden auch die ersten Raststätten eingeführt, und da die einheimischen Raststätten keine Anlocker waren, wurde die Bevölkerung der Raststätten mit dem Ertrag der Raststätten, daß kein Land der Welt im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl so große Herden aufweisen kann.

Die Viehzucht des Jahres 1914 in Argentinien ergab folgendes Bild: 28 Millionen Rinder, 48 Millionen Schafe, 5 Millionen Schweine, 6 Pferde und der Forderung des Auslands von Futtermitteln besitzt Argentinien heute einen Viehbestand von 22 Millionen Rindern, 54 Millionen Schafen, 6 Millionen Schweinen, 7 Millionen Ziegen und 10 Millionen Pferden; das ergibt auf den Kopf der 8 Millionen Bevölkerung Argentinien 4 Rinder, 9 Schafe, 0,75 Schweine, 0,87 Ziegen und 1,25 Pferde. Also einen viel höheren Prozentsatz, als im Deutschland oder ein anderes europäisches Land aufzuweisen vermag.

Die Viehweidung des Bodens und die große Ausdehnung des Landes bringt es mit sich, daß in der Provinz Buenos Aires

Ende Dezember oder in den ersten Tagen des Januar zugehen.

In Zukunft wollen alle Ortsvereins-Kassierer darauf achten, daß mit Schluß jedes der ersten beiden Monate im Vierteljahr Teilzahlungen auf Beiträge abgeführt, d. h. dem Postkonto des Bezirksverbandes Nr. 29 570 in Karlsruhe mit einem entsprechenden Vermerk auf dem Zahlkarten-Abschnitt überwiesen werden. Die dazu erforderlichen Zahlkarten befinden sich bereits im Besitz der Ortsvereins-Kassierer.

Mannheim, den 15. Dezember 1922.

Der Bezirksverband.

J. A. Karl Gahn, Mannheim, R 3, 14 11.

Kreis-Konferenz für den Agitationsbezirk Freiburg

Für den 3. badischen Landtagswahlkreis fand am Sonntag nachmittags in der Trauer-Säule in Freiburg eine gutbesuchte Parteikonferenz statt, in der zunächst Redakteur Janniel über die politische Lage im Reich referierte. In der Diskussion trat Herr Janniel für die Schaffung eines Agrarprogramms ein. Die Kleinbauern seien nicht besser daran als die Masse der Arbeiter. Genosse Stefan Meyer-Freiburg wies ebenfalls auf die Interessenlosigkeit der Arbeiter und Kleinbauern hin. Bei einer Stabilisierung der Mark würden die Arbeiter die Leidtragenden sein. Um der nationalsozialistischen Bewegung Herr zu werden, müsse eventuell zur Selbsthilfe geschritten werden. Auf all Fälle habe das sozialistisch und gewerkschaftlich organisierte Parteimitglied die nötigen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser allgemein schädlichen Bewegung zu treffen. Marloff-Freiburg: Die Sozialdemokratie habe nicht gut getan, aus der Regierung auszutreten. Landwirt Herr-Glöttel: Die Kleinbauern können nur in der Sozialdemokratie ihre Interessen vertreten. Herr-Glöttel hält die sozialistische Regierung für ein Unglück. Er wünscht Auskunft über die eigentlichen Ursachen unseres Austritts aus der Regierung. Landtagsabg. Strobel-Mannheim, Vorsitzender der Landespartei-Organisation, gibt die vom Redner gewünschte Auskunft und verbreitet sich sodann in ebenso eingehender wie interessanter Weise über die Organisation und die geradezu verwerfliche Tätigkeit der Nationalsozialisten, deren Klassen von der Schwerindustrie getrieben werden. Wenn die Arbeiterkraft auf dem Posten sei, so könne diese Gefahr abgemindert werden.

Hierauf wurde als zweiter Punkt der Tagesordnung die Organisation, Agitations- und Beitragsfrage durch Parteisekretär Peter Mayer behandelt. Die Agitation ist die eigentliche Aufgabe der Partei. Die Notwendigkeit der Beitrags-Erhöhung wurde durch sämtliche Delegierte anerkannt und es wurde gemäß dem Vorschlag des Kreisvorsitzenden ein wöchentliches Beitrag von 20 M für männliche und 10 M für weibliche Mitglieder einstimmig beschlossen.

Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten konnte die von Arbeitsfreunde und Verantwortungsgefühl getragene Tagung geschlossen werden.

Schlüssen. Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Bezirks findet am kommenden Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr im „Reichshaus“ statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung wird vollständiges und pünktliches Erscheinen der Genossen erwartet.

Gewerkschaftliches

Erregte Stimmung bei den Eisenbahnern

Vom Deutschen Eisenbahnverband — Bezirk Baden — wird uns geschrieben:

Wenn der „Volksfreund“ in seiner geistigen Nummer die teilweise erregte Stimmung der Reichseisenbahner wegen der absehenden Sitzung des R.R.M. wiederholt und weiter anführt, daß in Düsseldorf, Eberfeld, Frankfurt, Offen und Ludwigshafen die Erregung überaus groß sei, so muß dem beigefügt werden, daß bei den Eisenbahnern im Bezirk Baden die Empörung an der höchsten Grenze angelangt ist. In zahlreichen Orten in Baden bleiben die Stundenlöhne der Eisenbahner trotz Einräumung der sozialen Zulagen weit über 100 M hinter den Löhnen der Industriearbeiter — welche doch wahrlich der Teuerung entsprechend niedriger sind — zurück. Außerdem kommt hinzu, daß in den Orten mit feiner oder nur geringen Industrie gleich große Teuerung vorhanden ist. Die Erregung der Eisenbahner dieser Orte ist an der äußersten Grenze angelangt. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch das Gros der Beamten ist empört über die ungenügende Erhöhung der Bezüge, wobei die fortgesetzte Spannungsverweigerung notwendig zur Erregung beitragen. Die unterschiedliche Behandlung der Arbeiter und Beamten in bezug der besonderen Ortszulagen hat weiter für Verbreiterung der Unruhe gefordert. Nicht nur in Unter- und Mittelbaden, sondern speziell im höchsten Oberland wie auch im Hinterland sind die Eisenbahner voller Entrüstung. Die Taktik der Regierungsgorgane, an einzelnen Orten den Beamten Zulagen zu geben, den Arbeitern keine, oder umgekehrt, die unterschiedlichen Zulagen, die Auferschaffung vieler Orte, ist durchaus dazu angelegt, die Eisenbahner zum Verzweiflungsschritt zu bringen. Die badischen Eisenbahner haben in früheren Zeiten stets Disziplin gehalten. Der momentane Zustand ist durchaus be-

spornisierend. Das R.R.M. und N.R.M. sind durch zahlreiche Telegramme und Entschlüsse von der Empörung informiert. Der Bezirksrat hat im Einvernehmen mit der Organisation die Reichsbahndirektion darauf hingewiesen, daß er unter diesen Umständen nicht in der Lage ist, den Betrieb der Eisenbahnen zu bewahren. Die Reichsbahndirektion selbst hat die Entschliessung des Bezirksrates dem R.R.M. unterbreitet. Dingen haben andere Maßnahmen der Reichsbahndirektion, hinsichtlich Verhalten in bezug der Dienstverweigerung, Kostenbesetzung, durchaus unwirtschaftliche Verwaltungsverfahren, das nötige dazu beigetragen, um die Unruhe zu steigern. Die Bezirksleitung hat die Ortsfunktionäre zu einer Tagung einberufen, hat außerdem die beiden anderen Organisationen ersucht, in einer gemeinsamen Besprechung die Situation zu beraten.

Die Eisenbahner und der Personalabbau

Der vom Reichsverkehrsminister geplante Personalabbau hat den Hauptbetriebsrat der Reichsbahn im Verlauf seiner letzten Tagung beschäftigt. Es wurde eine Entschliessung einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Entlassungsmaßnahmen vom Frühjahr 1922 haben sich als ein schwerer Fehler für die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn erwiesen. Aus den Werksstätten, Güterböden, Bahnmeistereien sind dadurch die Qualitätsarbeiter, welche das Gerüst für die Aufrechterhaltung des Betriebes abgeben, entfernt worden. Weil nach dem Personalstandsplan des R.R.M. der allgemeine Personalstand sich um 15 000 gegenüber dem Frühjahr vermehrt hat, der Arbeiterstand sich dagegen verringerte, ist erwiesen, daß die Zahl der Verwaltungsbeamten sich vermehrt haben muß. Der Hauptbetriebsrat ist einer Meinung darüber, daß Entlassungen von Beamten oder Arbeitern nicht notwendig sind, sondern daß eine Umgruppierung der Arbeitskräfte, gleichgültig, ob es sich um Arbeiter oder Beamte handelt, stattfinden muß.“

Der Hauptbetriebsrat ist nach wie vor bereit, an der Modernisierung der Eisenbahn im Interesse der Allgemeinheit mitzuarbeiten, sagt aber den schärfsten Widerstand an, wenn alle Nachteile, welche eine Reorganisation des Betriebes und der Verwaltung mit sich bringt, auf Kosten der Arbeiter gehen. Eine grundsätzliche Reorganisation, welche bezwecken muß, den Profit der Unternehmer in unserem Betrieb unmöglich zu machen, kann nach Ansicht des Hauptbetriebsrats nur durchgeführt werden, wenn eine Demokratisierung der Verwaltung und des Betriebes durchgeführt wird. Diese ist nur möglich, wenn das Prinzip der sachlichen Eignung für den Aufstieg maßgebend ist. Der Hauptbetriebsrat ist sich dessen bewußt, daß damit auch die Möglichkeit verbunden sein muß, unfähige Beamte aus ihren Stellen zu entfernen und an anderen Stellen zu verwenden. Nach der Ansicht des Hauptbetriebsrats kann der Wille zur Demokratisierung nicht in die Tat umgesetzt werden, wenn man gleichzeitig die verschiedenen Arbeitshandlungen nach Würdigen und unwürdigen trennt. Der moderne Gedanke der Demokratisierung kann nach Auffassung des Hauptbetriebsrats nicht auf die starren Formen des Beamtenrechts gepreßt werden, denn die starren Formen des Beamtenrechts sind hinderlich, eine Umänderung dieses, wo es der Demokratisierung entgegensteht, ist eine Veränderung erfahren, um das Ganze zu erhalten.“

Diese Neuerung ist vor allem darum beachtenswert, weil im Hauptbetriebsrat beim Reichsverkehrsministerium die Eisenbahnerverbände aller Richtungen vertreten sind. Sie alle stehen also geschlossen hinter dem Willen des Hauptbetriebsrats. Wenn daher die angekündigte Reorganisation der Personalpolitik der Reichsbahn lediglich in einem plumpen Entlassungs-Schematismus ihren Ausdruck finden sollte, so wird der Minister auf starke Widerstände zu rechnen haben.

Zusammengedrohte kommunistische Verleumdung

Ein Verleumdungsprozeß des Gewerkschaftssekretärs Otto Schumann beim Deutschen Eisenbahnverband, Ortsverwaltung Mannheim, gegen den Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Paul Schulz, endete beim Amtsgericht in Mannheim mit einem Vergleich, in welchem der Beklagte, Redakteur Schulz, dem Kläger eine Ehrenklärung abgab. Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte am 12. August 1922 unter entsprechender Einleitung einen Artikel aus dem „Klassenkampf“ in Halle abgedruckt, in welchem der Privatkläger als „Streikforengänger“ bezeichnet und in ähnlicher Weise beleidigt wurde. Diese Veröffentlichung gab Schumann Anlaß zur Erhebung der Privatklage gegen Schulz, die am 17. November 1922 wie folgt erobert wurde:

„Gewerkschaftssekretär Otto Schumann in Mannheim, vertreten durch Rechtsanwältin Dr. Hirscher und Oppenheimer in Mannheim gegen den Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Paul Schulz, schließe folgenden Vergleich: Der Herr Schulz erklärt: Die in dem Artikel „Eisenbahner! Der Schumann?“ der „Arbeiter-Zeitung“ vom 12. August 1922 enthaltenen beleidigenden Ausdrücke und Behauptungen nehme ich als unbegründet mit Bedauern zurück. — § 2. Herr Schulz trägt die Kosten des Verfahrens einschließlich des prüfenden Donators, Privatkläger und seinen Rechtsanwältin veranbarien Donators. — § 3. Dieser Vergleich wird auf dem Boden des Privatklägers einmal in der „Arbeiter-Zeitung“ und in einem Organ des Deutschen Eisenbahnverbandes im Annoncenfeld veröffentlicht.“

Die Schlachtungen im Jahre 1900 betragen 1 500 000 Tiere, welche Summe im Jahre 1908 auf 2 000 000 stieg und ununterbrochener Zunahme im Jahre 1911 schon 3 500 000 überschritt. Diese Zahl hat sich dann mehr oder weniger bis zum Jahre 1917, wo die Schlachtungen auf 4 000 000 Tiere anwuchsen und für die Jahre 1918, 1919 und 1920 die Höchstzahl von 5 000 000 Tieren erreichten, um dann für das Jahr 1921 auf 4 200 000 zu sinken.

Die argentinische Ausfuhr von Gefrierfleisch hat zwischen 456 000 im Jahre 1912 und 764 000 im Jahre 1918 geschwankt. Die Statistik ergibt folgendes Bild:

Jahr	Tonnengehalt	Anzahl der für Export gefäsl. Rinder
1910	322 383	960 488
1912	455 842	1 354 394
1913	443 056	1 340 145
1915	442 146	1 482 650
1917	539 216	2 227 013
1918	764 196	3 100 000

Wie bekannt, befindet sich die argentinische Viehzucht augenblicklich in einer Krise, was jedoch nicht bedeutet will, daß dadurch die Schlachtungen der Gefrierfleischwerke eingestellt werden sind. Das Vieh weidet in Argentinien das ganze Jahr in vollster Freiheit und dies ist der Grund der Billigkeit des argentinischen Fleisches, da es kaum eine menschenwürdige Fütterung bedarf. Auf den Pampas „läßt man es einen Tag auf eine Herde von etwa 70 bis 100 Rindern oder 12 bis 15 000 Schafen in der Mittelzone; in „Lagomas“ nur auf 1 bis 3000. Dieses Personal wird reichlich zur Zeit der Winterzeit, Absonderung, Wäber, Schur etc. entsprechend erhöht.“

Aus dem vorher Gesagten ergibt sich zur Genüge die Leistungsfähigkeit der argentinischen Viehzucht, sowohl hinsichtlich der Menge als auch der Güte der zur Ausfuhr bereit stehenden Tiere, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das argentinische Gefrierfleisch bei richtiger Behandlung die Güte der deutschen Verbraucher nach kurzer Zeit erwerben wird, wie dieses in England und Italien schon vor Jahren der Fall gewesen ist.“

im südlichen Teil Cordobas, den Provinzen Santa Fé, Entre Rios und San Luis, welche Gegenden über verbesserte Weiden verfügen, etwa 20 Millionen Rinder der besten Kreuzung vorhanden sind, während die Rinder des nördlichen Cordobas, den andinen Bedingungen, gleich den portugiesischen Territorien sowie im Osten der Pampa keine oder doch nur eine minder feine Kreuzung mit europäischen Rassen erfahren haben. Die Pampasregionen sind heute fast ausschließlich der Rindviehzucht vorbehalten. Die heute auf 20 Millionen Schafe geschätzten Herden dürften sich daher in etwa 10 Jahren um das Doppelte vermehrt haben. Heute bestehen dort schon 5 argentinische und 3 chilenische Gefrierfleischwerke, welche erstere jährlich mehr als 1 Million und die letztere etwa 400 000 Schafe jährlich verarbeiten.

Da Argentinien bisher einzig auf England in seinem Fleischexport angewiesen war, hat man alles daran gesetzt, um die Verschmäderung dieses Landes zu stellen, ein Zentrum der heute, wo ganz Europa für den Absatz in Frage kommt, erkannt wird und nach Möglichkeit abgestellt werden soll. ...

Für Gefrierfleisch benötigt man Rinder bis zu 4 Jahren mit großem Gewicht und von vorzüglichem Gesundheitszustand. Der Ertrag ergibt für Shorthornrinder 320 bis 360 Kilo netto Fleisch, gleich 58 bis 60 Prozent des Lebendgewichts, jedes Viertel von 80 bis 90 Kilo, während für das gefüllte Fleisch (bis heute auf dem europäischen Kontinent unbekannt) nur zwei Tiere bis zu 3 Jahren verarbeitet werden mit einem Ertrag von 280 bis 320 Kilo, gleich 55 bis 58 Proz. des Lebendgewichts und 70 bis 80 Kilo das Viertel.

Gammelfleisch wird nur noch von Tieren unter 2 Jahren ausgesetzt, wobei jährige Rinder, d. h. mit zwei Jahren von 18 bis 20 Monaten, und einem Lebendgewicht nicht über 30 Kilogramm bevorzugt werden. Alle älteren oder jeteren Gemmel werden im Lande selbst verbraucht.

Es ist bekannt, daß der Fleischpreis auf der argentinischen Pampa der Billigkeit der Welt ist, was den Grund zu der enormen Entwicklung der argentinischen Gefrierfleischindustrie in den letzten zwei Jahrzehnten gab, die im Jahre 1918 mehr als 6 200 000 Rinderviertel im Werte von 132 Millionen Goldbesos ausfuhrte.

Pfannkuch & Co.
Weihnachten
 Feinste junge
Mafigänse
Enten
Hähne
 Pfannkuch & Co.

Freie Turnerschaft Karlsruhe e. V.
 Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle der Turnschule (Oststadt)
Schüler-Weihnachtsfeier
 der Abteilungen Ost- und Stadt, wozu unsere Mitglieder, sowie die Eltern der Schüler freudl. eingeladen sind.
 Montag, den 25. Dezember, von nachmittags 8 Uhr ab.
Familien-Unterhaltung
 im Vereinslokal. Auch hierzu wollen sich die Mitglieder mit w. Angehörigen zahlreich einfinden.
 Der Vorstand.

Zu verkaufen:
 10 Paar schwere Hofschuhe, 12 Paar Schnürschuhe, 1 Damen-Jahrbuch, 10 Paar Sammetstiefel, 1 feiner Mantel, alles gebraucht, aber noch taubel.
 Schreiber, 6109
 Steinstr. 29, 2. Stod.

Gelegenheitskauf!
 Anhangstoffe noch sehr billig zu verkaufen. Badhygiene Straße 22, III. r.
 Weberzieher, gut erhalten zu verkaufen. 6114
 Göttesenerstr. 12, 3. L.

Passende Weihnachtsgeschenke!
 Toiletteseffe, Parfümerie, Celluloidwaren, wie Spiegel, Kämmen, Seifenseifen etc.
 zu vorteilhaften Preisen. 6113
Fritz Schuh, Friseurgeschäft
 Schützenstraße 44.
 Sonntag geöffnet.

Sportkartell Ettlingen.
Weihnachts-Feier
 Eintrittskarten: Sonntag, 24. Dez. von 1-11 Uhr, im „Sternen“. — Mitgliederbeweis mitbringen.
Kinderbescherung
 Dienstag 1 Uhr. Näheres aus dem Programm.
 Der Kartellvorsitzende.

T.C. Suevia 1908
 Am Samstag, den 23. Dezember 1922, in Mühldorf, im Saal des „Goldenen Hirsch“
Weihnachts-Feier
 Konzert, Theater-Aufführungen, Zither-Vorträge und Fest-Ball
 Beginn abends pünktlich 7 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Gesangverein d. Nähmaschinenbauer von Junker & Ruh in Karlsruhe.
 Die
Weihnachts-Kinderfeier mit Pantomime findet am Samstag, den 23. Dezember, abends 7 Uhr, im „Kühlen Krug“ statt.
 Wir laden unsere Mitglieder u. Familienangehörige ergebenst ein und bitten um zahlreichen Besuch. Der Vorstand.
 NB. Die Vereinskassen-Wahl findet am 13. Januar im „Kühlen Krug“ statt.

Volkschor Karlsruhe-West.
Gem. Chor Bruderbund
Einigkeit Gräfwinkel
 Mitgl. des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes.
 Samstag, den 24. Dezember, nachm. 2 Uhr, im großen Saal des „Kühlen Krug“
gemeinsame Kinderweihnachtsfeier mit Bescherung.
 NB. Nur gemeldete Kinder können beschenkt werden. 6108
 Die Vorstände.

Badische Lichtspiele - Konzerthaus
 Voranzeige.
 Mittwoch, 27. und Donnerstag, 28. Dezember, abends 8 Uhr
Der Dummkopf
 Ein Spiel aus der Biedermeierzeit nach Ludwig Fulda.
 Näheres siehe Plakatsäulen.

Residenz-Lichtspiele Waldstraße
 Freitag 22., Samstag 23., Sonntag 24., Montag 25., (Weihnachtstag), Dienstag, 26. Dez., (Stephanstag).
Das Kanumädel
 Sport-Lustspiel in 4 Akten. 6104
 Hauptdarsteller: Hans-Joachim Bittner, Karlsruhe, Edmund Lorenz, Cornelia v. Natzer v. Meckl, Landesth., Rudolf Gartner, Karlsruhe, der bekannte Wassersportmann.
Die Maske Drams in sechs Akten. — Mickey Moore, Hauptdarsteller.

Pfannkuch & Co.
 Unsere
Verkaufsstellen
 sind
 Sonntag (heiliger Abend) von 1-5 Uhr nachmittags
geöffnet
 Pfannkuch & Co.
 C. m. b. H.

feuerio
Doppelfettseife
 80% Fett
 daher größte Ausgiebigkeit, das Beste für die Wäsche.
VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART
 Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Daniels Konfektionshaus
 Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1 Treppe. 6007
 Keine Laden-, keine Personalspenden!
Große Posten la. Flauschmäntel,
 Tuchmäntel, Kindermäntel, Kostüme, Röcke, Kleider, Blusen, Steifjacken, Ueberzuzen.
 Am Sonntag vor Weihnachten geöffnet!

Landestheater
 7 bis nach 9 1/2 Uhr
Konzerthaus
 7 bis nach 9 1/2 Uhr
 Vo kabühne M 9
Der Evangelmann, Der Dreidradbauer.

Haus Jahnsstr. 18, früheres Villa Schönleber
AUSSTELLUNG
 von Werken der Mitglieder des Lehrkollegiums der Bad. Landeskunstschule.
 Täglich 10 bis 3 Uhr.
 Der Verkauf der Werke erfolgt zu Gunsten des Kostlichen der Studierendenschaft der Schule. 6008

Sport-Artikel
 jeder Art preiswert und gut.
Sport-Haus Brannath
 Karlsruhe
 Durlacher Tor.

Ankauf
 Alt-Gold-, Silbergegenstände, Platin, Gefäße
 v. Zahn 800 m. und mehr
Ziegler Fabrikstraße 20.
 Telefon 321.

Bekanntmachung.
 Am Sonntag den 24. Dezember ist die Arbeit in den hiesigen Bäderbetrieben gestoppt. Die Verkaufsstellen sind von 11-5 Uhr geöffnet. Unsere verehrliche Kundenschaft bitten wir, ihre Weihnachtsgüter zum Kauf schon am Samstag in die Bäderbetriebe zu bringen.
 Am Sonntag den 31. Dezember (Silvester) ist vollständige Betriebsruhe, deshalb kommen die Verkaufsbereize am Samstag den 30. Dezember zum Verkauf.
 Wir empfehlen unserer Kundenschaft sich für die beiden Weihnachtstage und für die beiden Sonntage am Neujahr rechtzeitig mit Sachwaren zu bereichern. 6106

Freitag, den 22. Dezember 3390
Landestheater
 7 bis nach 9 1/2 Uhr. 4.800. Abon. A 10 Th.-Gem. B. V. B. Nr. 1401-1500 und 2201-2500
Konzerthaus
 7 bis nach 9 1/2 Uhr
 Vo kabühne M 9
Der Evangelmann, Der Dreidradbauer.

Städtische Schauspiele Baden-Baden. Montag, 25. Dezember (Heiliger Abend), 7 Uhr: 604 von Bertilungen. Dienstag, 26. (Heiliger Abend), 11 1/2 Uhr: Kleiner Bühnenakt: Wagnerveranstaltung: Deutsche Weihnacht. 7 1/2 Uhr: Festabend: Das Weihnachtsfest. Mittwoch, 27. 3 Uhr: Außer Wiese: Fischweibchen. Abends 8 Uhr: Plagemie B 15: Freizeiter. Donnerstag, 28. 8 Uhr: Plagemie C 15: Der Bisse Heine. Freitag, 29. 7 1/2 Uhr: Plagemie D 15: Die Gerechtigkeit. Samstag, 30. 6 1/2 Uhr: Borecht C. Speziauführung: Carmen. Sonntag, 31. (Silvester) 7 Uhr: Außer Wiese: Der alte Geizhals. Pantomime oder Das heilige Weibchen. Montag, 1. Januar 1923 (Neujahr), 7 1/2 Uhr: Außer Wiese: Der Betler aus Singida. 3392

Gänselebern
 taugt fortwährend zu den allerhöchsten Preisen.
Karl Pfeifferle,
 Erbsingstr. 23.

Pfannkuch & Co.
 Passende
Weihnachtsgeschenke
Weine
 Badische, Pfälzische, rheinische
Rot- und Weißweine
Malaga
Portwein
Madeira
Punsche
Rum
Urrae
Burgunder
 u. v. a.
 Pfannkuch & Co.

Spezialität:
 Moderno
Zimmer-Uhren.
 Beschäftigung gerne gestattet
Rich. Kittel
 Uhrmachermeister
 zwischen Hauptbahnhof u. Ettlingerstraße.
 Eigene Reparaturwerkstätte.

Freitag, den 22. Dezember 3390
Landestheater
 7 bis nach 9 1/2 Uhr. 4.800. Abon. A 10 Th.-Gem. B. V. B. Nr. 1401-1500 und 2201-2500
Konzerthaus
 7 bis nach 9 1/2 Uhr
 Vo kabühne M 9
Der Evangelmann, Der Dreidradbauer.

Bruchtaler Anzeigen.
Aug. Ortsbrankenasse Bruchtal.
Bekanntmachung.
 Die Erhöhung der Versicherungsprämie betr.
 Alle bisher wegen einem Einfließen von über 2000 RM pro Jahr von der Krankenversicherung befreiten und eingeschlossenen Personen sind nach der Verordnung über Versicherungsbeiträge in der Krankenversicherung vom 1. Dezember 1922 (R. G. Bl. S. 801) vom 11. Dezember 1922 ab versicherungspflichtig, sofern ihr Jahresarbeitseinkommen den Betrag von RM 200000 pro Jahr oder 60000 RM pro Monat nicht übersteigt.
 Es ergibt daher an die Herren Arbeitgeber die Aufforderung, die in Betracht kommenden Personen bis spätestens 30. Dezember 1922 zu dieser Versicherung anzumelden, bei der auch in Zweifel allen jede gewünschte Auskunft erteilt wird.
 Bruchtal, den 19. Dezember 1922.
 Der Kassenvorstand.
 H. Schmalz. Schalter.

Pfannkuch & Co.
 Passende
Weihnachtsgeschenke
Liköre
 eigener Abfüllung
Pfefferminz
Bergamotte
Rummel
Hamb. Tropfen
 Schwarzwalder
Zweifelhagen
 und
Roschwasser
Weinbrand
 eigener Abfüllung
 sowie andere erstklassige Marken
 Pfannkuch & Co.

Firmen, welche auf Ostern Lehrlinge oder Lehrmädchen einzustellen beabsichtigen
 werden gebeten, uns die Anträge auf Zulassung von jungen zur Schulerziehung kommenden Leuten jetzt schon zu erteilen.
 Um dem Mangel an Lehrlingen zu begegnen werden wir in den nächsten Tagen mit den jungen Leuten in Verbindung treten und auch mit der Schulerziehung von Elternabenden beginnen. Je früher wir über den Bedarf an Lehrlingen unterrichtet werden, um so größer sind die Aussichten, einen billigen, brauchbaren Lehrling oder geeignete Lehrmädchen durch uns zuzuführen zu erhalten. Wir arbeiten gemeinschaftlich mit Schule und Arzt und vermitteln kostenlos für alle Verhältnisse.
Städt. Arbeitsamt Karlsruhe.
 Fernsprecher 5270/5 74.

Pferdeleisch-Verkauf.
 Verkauf von heute ab
prima fettes Pferdefleisch
 ohne Aufschlag in meinen Billden
 Durlacherstr. 68 u. 50 u. Angartenstr. 49
Theo Gramlich. 610

Durlacher Anzeigen.
Mietverträge für Gasverbranchsapparate.
 Wegen des vorliegenden Mangels an Mietverträgen macht die Erhöhung der Mietlage Schwierigkeiten. Andererseits liegen die Kosten der Erhebung in keinem Verhältnis mehr zu dem heutigen Wertwert der geringfügigen Mietlage.
 Seit dem 1. Januar 1922 sind alle Mietverträge, die vor dem 1. Januar 1922 abgeschlossen sind, die nächsten Mietverträge werden zusammen mit der nächsten Gasrechnung erhoben. Die Mietgegenstände gehen dann in das Eigentum der Mieter über.
 Die Mietverträge der nach dem 1. Januar 1922 abgeschlossenen Mietverträge werden an volle Kraft aufgeführt.
 Durlach, den 22. Dezember 1922.
 Städt. Gaswerk.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“